

19.55

Abgeordneter Karl Öllinger (Grüne): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist schon ein bisschen ein eigenartiges Gefühl, wenn man nach einigen Jahren der Unterbrechung wieder am Rednerpult steht, aber es tut eigentlich ganz gut, auch die Distanz zu dem, was hier im Haus oder im Ausschuss – ich habe das auch im Sozialausschuss erklärt – diskutiert wird.

Mein Vorteil ist, dass ich die Debatten über soziale Fragen schon sehr lange beobachten konnte und kann. Ich kann mich daher auch noch an die Zeit erinnern, als hier – und das war in den neunziger Jahren, ich habe jetzt nicht nachgeschaut, wann genau – ein Antrag von SPÖ, FPÖ und Grünen, und ich glaube, das LIF war auch dabei, gegen Schwarzunternehmertum beschlossen wurde.

Die ÖVP war damals nicht bei diesem Antrag dabei. Dieser Antrag hat eine Mehrheit gefunden, und er war so etwas wie ein Impulsgeber für Entwicklungen – die Kollegin nickt, denn sie weiß es auch –, ein Impulsgeber zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Es freut mich daher, dass es heute, auch wenn inzwischen schon einige Jahre vergangen sind, mit dem Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz einen weiteren Schritt gibt.

Es wundert mich natürlich, warum im Unterschied zu 1995 oder 1999 – ich weiß nicht mehr genau, welches von diesen zwei Enden der Legislaturperioden es war – die Freiheitliche Partei nicht dabei ist. Es wundert mich aber eigentlich auch nicht. Ich sage Ihnen, warum (*Abg. Peter Wurm: War das eine rhetorische Frage?*): Herr Hofer wird Bescheid wissen. Jetzt kann man natürlich sagen: Möglicherweise liegt es am Titel des Gesetzes: **LSD-BG**. (*Heiterkeit bei SPÖ und Grünen.*)

Sie brauchen sich nicht zu fürchten, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei! Es hat nichts mit Rauschgift zu tun, sondern es ist ein Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz. (*Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Es könnte auch sein, dass Sie sich irritiert fühlen, weil Sie sich denken: Dann ist es nicht mehr so leicht möglich, in der Republika Srpska Plakate für Herrn Hofer zu drucken. (*Heiterkeit bei den Grünen.*) Ich kann Ihnen sagen: Sie dürfen weiterhin die Plakate drucken. Ob Sie es politisch verantworten wollen, dass Sie unter der Parole „Österreich zuerst“ und so weiter Ihre Plakate für Herrn Hofer in der Republika Srpska drucken lassen, ist Ihre Angelegenheit. Das ist das Zweite.

Das Dritte ist aber – und da ist Herr Hofer dann wirklich selbst zuständig – die Auflösung der Frage, warum Sie gegen das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz stimmen: Diese steht im „Handbuch freiheitlicher Politik“. (*Abg. Peter Wurm: Sie haben nicht zugehört, Herr Öllinger!*) – Oh ja! Ich habe das „Handbuch freiheitlicher Politik“ genau gelesen. (*Zwischenrufe der Abgeordneten Lausch und Deimek.*) Die Auflösung steht da drinnen. Im „Handbuch freiheitlicher Politik“ sagt Herr Hofer, der ja für dieses Handbuch verantwortlich ist: Streichung der Arbeitslosenversicherung für **alle** ausländisch Beschäftigten – das ist Punkt eins. (*Abg. Peter Wurm: ... ganz schwach!*) Punkt zwei ist, dass er sagt: eigene Sozialversicherung für alle Ausländer – also jenseits der Streichung der Arbeitslosenversicherung.

Jetzt frage ich alle auch nur einigermaßen mäßig begabten wirtschaftlich Interessierten und mäßig wirtschaftlich Begabten: Was bedeutet das, wenn ich die Arbeitslosenversicherung streiche, wenn ich eine eigene Sozialversicherung mache, die natürlich kostengünstiger sein soll, mit der man bei der Pensionsversicherung Beiträge senken kann? Was bedeutet das, wenn eine bestimmte Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auf dem Arbeitsmarkt billiger wird als die inländisch Beschäftigten? (*Abg. Pirklhuber: Dumping!*) – Lohn- und Sozialdumping ist das, Lohn- und Sozialdumping auf einem sehr schlimmen Niveau! (*Zwischenruf des Abg. Peter Wurm.*)

Die Erzählung geht nämlich weiter. Wenn ich das so mache, dann zwingt ich natürlich österreichische Arbeitnehmer auch dazu, dass sie mehr oder minder gegenüber bestimmten sozial- und kollektivvertraglichen Regelungen, sagen wir einmal, Missmut haben und sagen werden: Das geht so nicht, so können wir nicht arbeiten. Wir kriegen keine Jobs, denn die Saisoniers, die uns die Freiheitliche Partei dann unbeschränkt ins Land schickt, nehmen uns die Jobs weg.

So, jetzt kommt aber noch eine besondere Regelung dieses „Handbuchs freiheitlicher Politik“ zum Tragen: Wenn nämlich der oder die ausländisch Beschäftigte arbeitslos wird, dann fliegt er oder sie aus dem Land, dann gibt es keine Arbeitslosenversicherung mehr; das ist ja der Sinn der Streichung der Arbeitslosenversicherung. Was wird daher jeder ausländisch Beschäftigte, jeder Arbeitsmigrant, der hier im Land tätig ist, versuchen? (*Abg. Pirklhuber: Arbeiten zu jeder Kondition!*) – Arbeiten um jeden Preis!

Das ist das System, das Modell, das die Freiheitlichen praktizieren, und darum sind sie gegen das Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz. So schaut es aus, meine

sehr geehrten Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, mit Ihrer Parole, dass Österreicher zuerst kommen! (*Beifall bei Grünen und SPÖ. – Abg. Jarolim: Sehr gute Rede, sehr aufklärend!*)

20.00

Präsident Ing. Norbert Hofer: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Hechtl. – Bitte.